

Plenarprotokoll 17/110

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

110. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 25. Mai 2011

I n h a l t :

Tagesordnungspunkt 1:

Befragung der Bundesregierung: Gesetzentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt

Berlin, Mittwoch, den 25. Mai 2011

Beginn: XX.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Nehmen Sie bitte Platz.

Ich begrüße Sie alle herzlich und rufe gleich ohne weiteren Verzug unseren Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt:

Gesetzentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt.

Das Wort für den einleitenden Bericht hat die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute, wie eben erwähnt, den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt eingebracht, in einer Arbeitsmarktsituation, die zurzeit sehr solide ist. Der Arbeitsmarkt ist enorm aufnahmefähig: Wir haben im Augenblick über 40 Millionen Erwerbstätige am Arbeitsmarkt. Wir haben knapp 3 Millionen Arbeitslose, 1 Million offene Stellen. Insofern haben wir im Augenblick eine Situation, die für Arbeitslose im Vergleich zu früheren Zeiten sehr günstig ist, um die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt tatsächlich zu schaffen. Wir sehen das auch daran, dass die Sockelarbeitslosigkeit zum ersten Mal seit 25 Jahren sinkt; sie sinkt langsamer als die kurzfristige Arbeitslosigkeit, aber sie sinkt. Das heißt, hier ist Bewegung drin.

Angesichts dessen ist es das Ziel der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, diese wirksamer und wirtschaftlicher zu gestalten, das heißt, Mitnahmeeffekte auszuschließen und insbesondere genauer hinzuschauen, ob sich das eine oder andere arbeitsmarktpolitische Instrument in den letzten Jahren bewährt hat: Ist es zeitgemäß und angesichts der Veränderungen am Arbeitsmarkt noch angemessen? Oder hat sich gezeigt, dass seine Wirkung gering ist, dass es in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit eingesetzt werden konnte, aber jetzt, in Zeiten der Integration in den ersten Arbeitsmarkt bei einer hohen Nachfrage, nicht mehr die entsprechende Wirksamkeit hat?

Das Ganze wurde im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Instrumente über die letzten Jahre hinweg überprüft. Manche Instrumente haben sich bewährt. Manche Instrumente waren sehr detailverliebt und spezifisch ausgestaltet. Das hatte zur Folge, dass wir eine relativ zersplitterte Landschaft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorgefunden haben. Andere Instrumente haben schlicht und einfach eine geringe Wirksamkeit gezeigt. Wirkungslosigkeit liegt vor, wenn die Menschen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch ohne diese Maßnahme in den ersten Arbeitsmarkt integriert worden wären.

Unter dem Strich führen die vorgeschlagenen Reformen dazu, dass wir die Zahl der arbeitsmarktpolitischen Instrumente um etwa ein Viertel reduzieren, das heißt, sie aber nicht einfach zu streichen, sondern sie zum Teil zu bündeln, also vier, fünf oder sechs verschiedene Instrumente in einer Vorschrift zusammenzufassen. Das Ziel ist nämlich, dass in den Agenturen und Jobcentern und die Fallmanager vor Ort die Entscheidung, welches Instrument für welche Lebenslage eines Arbeitslosen oder einer Arbeitslosen das richtige ist und angewendet werden kann, dezentraler und flexibler fällen können.

Ich möchte vorweg sagen, dass bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten für Menschen mit Behinderung keine Veränderungen vorgenommen worden sind; dies sage ich explizit vor der Klammer. Die Zahl der

Menschen mit Behinderung wächst aus gewissen Gründen, etwa aufgrund einer demografischen Komponente. Hier sind keine Veränderungen vorgenommen worden.

Der Schwerpunkt der Reformen liegt beim Thema "Übergang von der Schule bzw. Ausbildung in den Beruf" und beim Thema "Weiterbildung", aber auch darauf, dass Mitnahme- und Substitutionseffekte reduziert werden und ein Trittbrettfahren ausgeschlossen wird, damit das Geld für arbeitsmarktpolitische Instrumente - die Milliarden, die eingesetzt werden - zielgerichteter verwendet wird.

Letzter Punkt. Ein Teil der Reform betrifft den sogenannten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Das Ziel im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ist, Menschen, die sehr weit vom ersten Arbeitsmarkt entfernt sind, die Chance zu geben, wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt zu werden. Es besteht immer das Risiko, dass Menschen durch die öffentlich geförderte Beschäftigung dauerhaft im zweiten Arbeitsmarkt bleiben und geringere Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Deshalb sind die bisherigen Instrumente detailliert evaluiert worden. Wir haben Veränderungen herbeigeführt, die sicherstellen, dass konkreter hingeschaut wird, ob jemand, der vor zwei, drei Jahren während der Massenarbeitslosigkeit vielleicht noch keine Chance hatte, jetzt in den ersten Arbeitsmarkt eintreten kann. Das ist wichtig, damit die Menschen im zweiten Arbeitsmarkt nicht bloß verwaltet werden, sondern tatsächlich im ersten Arbeitsmarkt auf eigenen Füßen stehen können. Dies ist eine Veränderung, die meines Erachtens der verbesserten Arbeitsmarktlage angemessen ist.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herzlichen Dank für den Bericht, Frau Ministerin. Ich verbinde das mit der Hoffnung, dass die Verletzung, die Sie sich offenkundig am Arm oder an der Hand zugezogen haben, nicht ganz so gewaltig ist, wie sie aussieht.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Der Kopf funktioniert noch.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jedenfalls nehmen wir mit Beruhigung zur Kenntnis, dass sie Ihre Handlungsfähigkeit nicht entscheidend einschränkt.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Genau. Man sollte mit mir zurzeit keine Händel anfangen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Eine solche Absicht wird von vornherein auch nicht bestanden haben.

Jedenfalls nehme ich mit Interesse zur Kenntnis, dass so ziemlich alle anwesenden Mitglieder des Hauses gerne Fragen stellen möchten. Wir werden sehen, ob und in welcher Reihenfolge wir das bewältigen.

Wir beginnen mit Frau Mast. Dann gehen wir der Reihe nach durch die Fraktionen und schauen, wie viel Zeit wir brauchen, um das Thema, das offenkundig nicht nur wichtig ist, sondern auch großes Interesse findet, möglichst angemessen zu behandeln. - Bitte schön.

Katja Mast (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau von der Leyen, zuerst einmal gute Besserung für Ihre Hand, auch von meiner Seite.

Zunächst muss man feststellen, dass die geplante Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht losgelöst von den geplanten Haushaltskürzungen im Bereich des BMAS diskutiert werden kann; denn das gehört zusammen. Als wir in der Großen Koalition noch zusammen regiert haben, haben auch wir die arbeitsmarktpolitischen Instrumente reformiert; allerdings wollten wir damit kein Geld sparen. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen der geplanten Reform und der, die wir in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben.

Es spricht nichts dagegen, einzelne Instrumente zu reformieren und zu verbessern, um sowohl die Eingliederung in Arbeit als auch die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Ich glaube, dass sich die Arbeitsmarktpolitik nicht nur am Kriterium der Integration Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt orientieren sollte, sondern auch an einem zweiten Kriterium, nämlich an der Beschäftigungsfähigkeit und am Recht,

Beschäftigung zu haben. Dieser Anspruch wird meines Erachtens im Gesetzentwurf, der heute im Kabinett beschlossen wurde, nicht umgesetzt.

Ich möchte konkrete Fragen zur Einstiegsqualifizierung von Jugendlichen stellen.

Ich freue mich darüber, dass nach diesem Gesetzentwurf die Einstiegsqualifizierung erhalten bleibt - im Referentenentwurf war dies nicht vorgesehen -; denn sie ist das Instrument, das Jugendliche am besten in Ausbildung bringt; bisher waren es 60 Prozent. Leider läuft diese Maßnahme 2014 aus. Meine erste Frage ist: Können Sie sich vorstellen, dass die Entfristung beim Instrument Einstiegsqualifizierung fällt?

Sie wollen die Berufseinstiegsbegleitung für Schüler flächendeckend ausbauen. Das ist gut. Aber Sie sagen: Wir finanzieren das nicht mehr allein, sondern wir brauchen eine Kofinanzierung. Da den Kommunen das Geld fehlt, stelle ich Ihnen folgende zweite Frage: Wie stellen Sie sich eine solche Kofinanzierung in der Praxis vor?

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es wäre schön, wenn wir insbesondere mit Blick auf die große Zahl von angemeldeten Fragen diese erstens knapp stellen und zweitens ähnlich knapp und zugleich präzise beantworten könnten.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Zunächst zu Ihrer Eingangsbemerkung zu der vor zwei, drei Jahren durchgeführten Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Diese Reform hat zu Beginn und in der Hochphase der Krise stattgefunden, das heißt, zu einer Zeit, in der es eine erhebliche Nachfrage nach arbeitsmarktpolitischen Instrumenten gab und in der nicht absehbar war, wie wir durch die Krise kommen. Jetzt befinden wir uns in einer völlig anderen Situation. Wenn man sich die arbeitsmarktpolitischen Mittel, die zurzeit zur Verfügung stehen, anschaut, stellt man fest, dass das Volumen der Mittel bezogen auf die Zahl der Arbeitslosen höher ist als vor der Krise. Das heißt, pro Kopf stehen für die Arbeitslosen Mittel in durchaus angemessener Höhe zur Verfügung. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken. Wir befinden uns im Augenblick an der 3-Millionen-Grenze. Man kann nicht einfach sagen, dass die Mittel, die zur Hochzeit der Krise eingesetzt wurden, für alle Zeit zur Verfügung stehen müssen.

Zum zweiten Punkt, zur Einstiegsqualifizierung. Sie wird in der Tat bis zum Ende des Ausbildungspaktes erhalten bleiben. Hieran anschließend kann ich sagen: Ein Instrument ist nur dann gut, wenn es in die Zeit passt. Die Einstiegsqualifizierung passt zum Ausbildungspakt. Aber es ist vollkommen legitim, zum Ende des Ausbildungspaktes, im Jahr 2014, Bilanz zu ziehen: Was haben wir erreicht? Haben sich die Umstände verändert? Müssen wir etwas adaptieren? Müssen wir etwas verändern? Diese Fragen werden 2014 aktuell sein. So haben wir auch in den letzten Jahren agiert. Es gab eine Zeit, in der ganz viele Ausbildungsplatzsuchende um wenige Ausbildungsplätze konkurrieren mussten. Heute hat sich das Bild geändert. Ausbildungsbetriebe suchen inzwischen aktiv nach Azubis, weil es nicht mehr so viele Bewerberinnen und Bewerber gibt.

Werfen wir auch einen Blick auf die Berufseinstiegsbegleitung. Es hat sich herauskristallisiert, dass dies ein ausgesprochen wirksames Instrument ist. Es fand, begrenzt auf 1 000 Schulen, ein Modellversuch statt. Man muss erklärend sagen, dass die Bundesagentur für Arbeit in die Schulen geht, und zwar in die Vorabschlussklassen. Die Schule ist dafür zuständig, dass Jugendliche etwas lernen und gut auf das Leben und damit auch auf die Ausbildung vorbereitet werden. Die Jugendlichen, die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben, werden beim Übergang von der Schule in den Ausbildungsbetrieb begleitet. Diese Begleitung kann bis zu zwei Jahre dauern.

Dieses Instrument wurde geschaffen mit Blick auf die Jugendlichen, die wirkliche Probleme haben. Zur Erinnerung: Im Augenblick verlassen 7 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss, und 10 Prozent der Azubis brechen ihre Ausbildung ab. Das Ziel muss sein, diese Zahlen zu reduzieren. Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive hat die Bundesregierung das Ziel formuliert, diese Zahlen bis 2015 zu halbieren. Dieses Instrument, mit dem die Jugendlichen schon in der Schule an die Hand genommen werden, ist richtig. Es ist richtig, dass die Begleitung quasi aus einer Hand stattfindet und dass die Jugendlichen begleitet werden, bis sie in Ausbildung sind, bis sie flügge sind.

Warum Kofinanzierung? Wenn man den Modellversuch, der auf 1 000 Schulen begrenzt war, auf alle Schulen ausdehnen möchte, dann ist es, so finde ich, absolut legitim, diejenigen, die ganz stark davon betroffen sind, nämlich die Schulen und damit die Länder, an der Kofinanzierung zu beteiligen. Wir reduzieren die Mittel also nicht, sondern breiten diese wirksame Hilfe auf alle Schulen aus. An dieser Stelle werden die Themen "Schule" und "Länderfinanzierung" berührt. Die Länder können als Kofinanzierer auftreten. Das kann aber auch über ESF-Programme kofinanziert werden. Das ist keine alleinständige, originäre Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit.

Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Jugendlichen einen Schulabschluss machen, dass sie nach der Schule wissen, wohin sie sich orientieren, und dass sie eventuell eine Lehre erfolgreich abschließen. Deshalb begleiten wir sie; aber wir sollten das nicht allein tun.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jetzt haben wir für die erste Frage und die erste Antwort deutlich mehr Zeit benötigt als für den einleitenden Bericht. Das ist zwar nicht zu beanstanden, würde aber, wenn es zum Muster würde, völlig ausschließen, dass all diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, zu Wort kommen. Deswegen schlage ich vor, dass wir uns gemeinsam bemühen, sowohl die Fragen als auch die Antworten jeweils in einer Minute abzuwickeln - was geht!

Erster Testfall ist der Kollege Lehrieder für die CDU/ CSU-Fraktion.

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Nachdem Sie, Frau Ministerin, einen Teil meiner Frage vorab beantwortet haben, ist die Chance durchaus groß, dass das klappt, Herr Bundestagspräsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Durch diese Anmerkung haben Sie auch nur fünf Sekunden verloren.

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Ministerin, im Ausschuss hat Herr Weise von der Bundesagentur für Arbeit gerade Zahlen zu den Gruppen genannt, die besondere Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Da gibt es zum einen 1,5 Millionen vorwiegend junge Menschen, die sich ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung um Arbeit bemühen. Da gibt es zum anderen 1 Million über 50-Jährige, die ebenfalls Schwierigkeit haben, Arbeit zu finden.

Die demografische Entwicklung und die damit verbundenen Probleme sind uns natürlich bekannt. Sie haben immer wieder die Aussage getätigt: Kein Kind darf verloren gehen. Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen bei den Kindern und Jugendlichen, vor allem beim Übergang von Schule zu Beruf, sicherlich am effizientesten. Vielleicht können Sie diesen Schwerpunkt vertiefen und darlegen, wie die Hilfen für Jugendliche genau aussehen - Stichwort "zweite Chance", Stichwort "vertiefte Berufsorientierung" -, damit schließlich jeder Jugendliche je nach seinen Fähigkeiten eine Ausbildung erhält.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Die Mahnung des Präsidenten im Kopf, will ich kurz darauf eingehen. Die wesentlichen Instrumente habe ich vorhin schon ausführlich skizziert.

Gerade das Thema "zweite Chance" ist ein Spezifikum, das sich insbesondere an Schülerinnen und Schüler richtet, die notorische Schulschwänzer sind. Gemeinsam mit Jugendamt, Eltern und Schule wird versucht, diesen jungen Menschen eine zweite Chance zu geben, die Schule zu beenden.

Der Schwerpunkt wurde hierbei auf den Übergang von der Schule in die Ausbildung gelegt. Die Bundesagentur für Arbeit geht mit einer großen Summe Geld - 3,2 Milliarden Euro - an die Förderung junger Menschen heran, um unter anderem diejenigen Jugendlichen, die ein hohes Risiko tragen, die Schule abzubrechen und dann ohne Qualifikation in der dauerhaften Arbeitslosigkeit zu enden, pünktlich in der Schule abzuholen und durch Hilfe aus einer Hand in ein Ausbildungsverhältnis zu bringen.

Sie haben die älteren Arbeitnehmer erwähnt. Erlauben Sie mir, als Reaktion darauf Folgendes zu sagen: Ein klassisches Beispiel für den Einsatz dieser arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist die Verbesserung der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer in kleineren und mittleren Unternehmen. Auch hier handelt es sich um einen neuen Schwerpunkt. Bisher konnte die Bundesagentur für Arbeit diese Maßnahme der Weiterbildung entwe-

der ganz finanzieren, oder sie hat sie gar nicht finanziert. Wir eröffnen nun die Möglichkeit einer Teilfinanzierung. Auch hier wird der Schwerpunkt auf Qualifikation und Weiterbildung gelegt, und zwar gerade unter dem Aspekt des Fachkräftemangels.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Johannes Vogel für die FDP-Fraktion.

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Mein Fraktionsvorsitzender legte großen Wert darauf, dass ich zehn Sekunden investiere, um Ihnen im Namen meiner Fraktion gute Besserung für Ihren Arm zu wünschen.

Jetzt meine konkreten Fragen: Muss unser Leitbild bei der Instrumentenreform nicht auch der gut ausgebildete Betreuer im Jobcenter und in der Arbeitsagentur vor Ort sein, der mit großer Flexibilität und Autonomie tätig ist? Sind Sie mit mir der Meinung, dass wir mit der im Gesetzentwurf verankerten Möglichkeit, SGB-III-Instrumente gerade bei Langzeitarbeitslosen in abgewandelter Form anzuwenden, etwa im Bereich der freien Förderung, einen Schritt in die richtige Richtung gehen? Könnten Sie bitte ausführen, inwiefern das die Motivlage für die Bundesregierung war?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Ich glaube, hier findet ein deutlicher Paradigmenwechsel statt, gerade was die Beschäftigten in den Jobcentern angeht. Ich meine die Erkenntnis, dass ein guter Vermittler oder eine gute Vermittlerin in Kenntnis des Marktes und einer schnellen, passgenauen Vermittlung ganz viel bewirken kann. Das ist gut für den Arbeitslosen, gut für den Betrieb, und das spart viel Geld. Dazu möchte ich drei Punkte anführen:

Erstens. Wir wollen mit der Reform mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort schaffen.

Zweitens. Wir haben die sogenannte freie Förderung, wenn man dieses Mittel gezielt, passgenau vor Ort einsetzen kann, auf 10 Prozent des Gesamtbudgets erhöht und das sogenannte Aufstockungsverbot beseitigt. Damit kann man vor Ort klug kombinieren.

Drittens. Wir wollen in die Vermittlungsfachkräfte in den Jobcentern investieren. Die Bundesagentur für Arbeit hat gemeinsam mit uns abgesprochen, dass wir eine Qualifizierungsoffensive für die Vermittlerinnen und Vermittler, also für diejenigen, die vor Ort die entscheidenden Akteure sind, starten werden. Das soll übrigens auch mit dem Ziel geschehen, die Anzahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse auf 10 Prozent zurückzuführen. Damit sollen Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit des Arbeitsplatzes signalisiert sowie das Wissen vermittelt werden, dass diese Menschen in einer Schlüsselposition für die moderne, schnelle und passgenaue Vermittlung vor Ort tätig sind.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Pothmer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, Sie haben gerade gesagt, dass bei den in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit investierten Mitteln nicht gespart wird, wenn man dies pro Kopf betrachtet; denn die Arbeitslosigkeit sei zurückgegangen und deswegen könne man auch den Mittelzufluss zurücknehmen. Das trifft für die Langzeitarbeitslosen, also für die Arbeitslosen in der Grundsicherung, ausdrücklich nicht zu. Das hat uns Herr Weise im Ausschuss gerade bestätigt. Es gibt einen Rückgang der Anzahl der Langzeitarbeitslosen um 4 Prozent, es werden aber 20 Prozent der Mittel für die Integration in den Arbeitsmarkt eingespart. Gerade diejenigen, die in einem Aufschwung keine Arbeit gefunden haben, haben - davon kann man ausgehen - besonders große Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden. Wie wollen Sie die Menschen, die in der Grundsicherung sind und die besondere Schwierigkeiten haben, jetzt mit weniger Mitteln in Arbeit bringen? Haben Sie diese Menschen bereits abgeschrieben?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Frau Pothmer, an der Formulierung der Frage erkennt man unsere unterschiedliche Herangehensweise. Aus Ihrer Formulierung höre ich heraus - ich will es nicht insinuiieren -, dass Sie damit rechnen, dass diese Personen dauerhaft nicht in den ersten Arbeitsmarkt zurückkommen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Ausdrücklich nicht! Man braucht besondere Anstrengungen!)

- Gut. Ich freue mich, dass wir da einer Meinung sind.

Wann, wenn nicht jetzt? Schon derzeit klagen zum Beispiel einige Zeitarbeitsfirmen, dass sie nicht mehr genügend Personen finden, die sie vermitteln können. Also sollten wir jetzt dafür sorgen, dass diese Menschen, die am Arbeitsmarkt bisher null Chancen hatten, weil die Konkurrenz unter den Arbeitslosen so groß war, in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Es ist auch nicht richtig, dass es allein arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind, die zu Arbeit führen. Fast die Hälfte der Vermittlungen finden ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahme statt, also ohne dass der Staat hierfür Geld investiert.

(Elke Ferner [SPD]: Doch nicht im SGB II!)

Wir müssen einen Schwerpunkt auf Weiterbildung legen, und wir müssen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung genauer hinschauen. Wir haben die Situation, dass in der öffentlich geförderten Beschäftigung den Trägern Summen als Pauschalen gezahlt worden sind, die zum Teil größer waren als das Entgelt, das dem Arbeitslosen gezahlt wurde. Dort müssen wir genauer hinschauen. Das Ziel ist nicht der öffentlich geförderte Sektor, sondern der erste Arbeitsmarkt.

Wenn Sie den Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit als gering beziffern, dann muss ich Ihnen als Arbeitsmarktexpertin in Erinnerung rufen: In den letzten 25 Jahren gab es nach jeder Krise keinen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit, sondern nur einen Aufwuchs der Sockelarbeitslosigkeit.

(Katja Mast [SPD]: Mit den alten Instrumenten!)

Jetzt erleben wir zum ersten Mal seit 25 Jahren einen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Diese Chance gilt es jetzt zu nutzen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die nächste Frage stellt Dr. Matthias Zimmer.

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Frau Ministerin, ich darf mich zunächst den Wünschen für eine schnelle Heilung Ihrer Handverletzung anschließen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das kostet alles unnötig Zeit. Ich hatte das bereits für das ganze Haus getan.

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Meine Frage wird aber nicht länger als eine Minute dauern. - Man kann es ja als gutes Omen verstehen, dass Sie bei diesem Gesetzgebungsvorhaben ein gutes Händchen haben.

Ich habe nur eine kurze Frage: Bei den 1-Euro-Jobs sind die Trägerpauschalen auf 150 Euro begrenzt worden. Warum ist diese Begrenzung vorgenommen worden?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Bisher war die Gesetzeslage bei den 1-Euro-Jobs so, dass der Träger, der den Job zur Verfügung stellt, eine Pauschale bekommen konnte; aber diese war im Gesetz überhaupt nicht definiert. In der Lebenswirklichkeit hat sich das so ausgewirkt, dass manche Träger 0 Euro bekamen - sie haben den Arbeitsplatz für den 1-Euro-Jobber dann einfach so zur Verfügung gestellt - und dass andere Träger bis zu 1 000 Euro Trägerpauschale im Monat bekommen haben.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wofür? Welche Leistung?)

Daraus kann man ersehen, dass es eine zu große Bandbreite gegeben hat, wobei niemand begründen konnte, warum der eine nichts und der andere sehr viel bekommen hat. In Zahlen heißt das: Wir haben im letzten Jahr rund 1 Milliarde Euro in die 1-Euro-Jobs investiert; 300 Millionen Euro wurden an die Arbeitslosen und 700 Millionen Euro wurden an die Träger gezahlt. Es muss in diesem Falle eine Klarstellung im Gesetz getroffen werden. Jetzt soll es 30 Euro im Monat als Grundpauschale und 120 Euro im Monat zusätzlich für besondere Situationen geben.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass man in den Jobcentern ganz unterschiedliche Herangehensweisen gesehen hat, wie die 1-Euro-Jobs in ganz Deutschland genutzt - in einigen Fällen mit Mitnahmeeffekten zu sehr ausgenutzt - worden sind.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank. - Alexander Ulrich ist der nächste Fragesteller.

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Ministerin, meine erste Frage ist: Dieses Gesetzesvorhaben ist weniger durch die Menschen, die davon betroffen sind, sondern eher durch die Haushaltslage geprägt. Können Sie noch einmal beziffern, wie hoch die Auswirkungen auf den Haushalt sind, ob es Umschichtungen in Ihrem Ministerium gibt, und, wenn ja, bezüglich welcher Maßnahmen?

Meine zweite Frage lautet: Sind die Kürzungen der Mittel für den öffentlichen Beschäftigungssektor und die 1-Euro-Jobs so zu verstehen, dass die Bundesregierung die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aufgibt? Denn dadurch bestehen noch weniger Chancen, diese Menschen in Arbeit zu bringen.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Oberstes Ziel der Bundesregierung ist die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir wollen dafür sorgen, dass im ersten Arbeitsmarkt mehr Arbeitsplätze angeboten werden. Ich habe schon ausgeführt: Früher, zu Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und in der Krise, war die Situation schwierig. Heutzutage werden allerdings zunehmend Arbeitskräfte gesucht, sodass die Konkurrenz der Arbeitslosen abnimmt. Demzufolge steigen die Chancen von Langzeitarbeitslosen, einen Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Zu Ihrer Eingangsfrage. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente betreffen sowohl den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit als auch, im Hinblick auf das SGB II, den Haushalt des Bundesarbeitsministeriums. Was den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit betrifft, wurden die Auswirkungen dieser Reform zum Teil berücksichtigt. So wird zum Beispiel der Gründungszuschuss von einer Pflichtleistung in eine Ermessensleistung umgewandelt. Der Gründungszuschuss hat sich in vielen Fällen bewährt. In manchen Fällen haben die Wissenschaftler, die sich mit diesem Thema befasst haben, aber auch einen Mitnahmeeffekt festgestellt. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die jeweilige Gründung in 60 bis 70 Prozent der Fälle auch ohne Gründungszuschuss durchgeführt worden wäre.

Darüber hinaus gibt es beim Gründungszuschuss ein zweites Problem: Es kam zu manchen "Notgründungen". Nunmehr gibt es "Solo-Selbstständige", die nur knapp 1 000 Euro im Monat verdienen und nur mit Mühe über die Runden kommen oder sogar aufstocken, also zusätzlich Hartz IV beziehen müssen. Dies kann angesichts der derzeitigen Konjunkturlage nicht das Ziel des Gründungszuschusses sein. Deshalb haben wir beschlossen, ihn in eine Ermessensleistung umzuwandeln. Wir wollen, dass vor Ort überprüft werden kann, ob jemand fähig ist, sich selbstständig zu machen, oder ob die Grundlage dafür zu dünn ist.

Ein letzter Satz zum Haushalt meines Ministeriums. Die mittelfristige Finanzplanung sieht vor, dass wir in den nächsten zwei, drei Jahren über ein Budget verfügen werden, das in etwa die gleiche Höhe hat wie das Budget, das wir 2006 zur Verfügung hatten, damals allerdings bei sehr viel höheren Arbeitslosenzahlen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die nächste Frage stellt Frau Lösekrug-Möller.

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):

Frau Ministerin, Sie haben schon erwähnt, dass Sie sich besonders anstrengen wollen, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Diese Anstrengungen finden, wie ich denke, die Unterstützung des ganzen Hauses. Mir stellen sich aber noch einige Fragen.

Ich schließe zunächst an die Ausführungen der Kollegin Pothmer an. Wir haben heute im Ausschuss die Aussagen von Herrn Weise gehört. Ich glaube, er hat zu Recht deutlich gemacht: Wer selbst in der jetzigen guten konjunkturellen Lage immer noch keine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt hat, der hat nicht nur ein, sondern offenkundig mehrere Probleme. Der Personenkreis, für den dies gilt, ist sehr groß. Ich habe gerade vernommen, dass Ihr Ziel ist, auch diese Personengruppe in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Das finde ich unterstützenswert. Es verlangt aber - das sagen alle Experten - ganz besondere Anstrengungen. Je länger jemand langzeitarbeitslos war, umso schwieriger ist dieser Weg nämlich und umso mehr Unterstützung braucht der Betroffene. Dies schlägt sich, wenn man erfolgreich sein will, auch in höheren Kosten pro Fall nieder. Ich würde gerne von Ihnen erfahren, welche konkreten Maßnahmen diese Personen angesichts der veränderten Gesetzeslage erwarten dürfen.

Ich füge hinzu: Dieser Personenkreis findet den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt nicht ohne besondere Unterstützung; das haben auch Sie gerade erwähnt. Solche Einzelfälle mag es geben. Dennoch glaube

ich, dass der Personenkreis der Langzeitarbeitslosen mit Sicherheit massive Unterstützung und Begleitung braucht.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Sie haben die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, die massive Probleme hat, sehr richtig skizziert. Ich möchte vorwegschicken: Dies betrifft nicht alle Langzeitarbeitslosen. Ich möchte auch betonen: Dadurch, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt, schält sich ein Kern von Langzeitarbeitslosen heraus, der in der Tat nachhaltige, extreme Schwierigkeiten hat, einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Darauf sollten wir unsere Mittel konzentrieren.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! Das tun wir aber nicht!)

Wir sollten nicht, wie bisher, relativ großzügig auf 1-Euro-Jobs oder die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante zurückgreifen. Dass dies zurzeit in relativ großzügigem Umfang geschieht, sieht man daran, dass bis zu 50 Prozent der Mittel mancher Jobcenter durch diese beiden Varianten gebunden sind. Es kann nicht sein, dass 50 Prozent der Arbeitslosen massivste Schwierigkeiten haben, in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Es besteht übrigens eine gute Möglichkeit, Vergleiche zwischen den Jobcentern anzustellen. Seit Mitte dieses Monats gibt es unter www.sgb2.info eine öffentliche Internetplattform, auf der jeder Abgeordnete das Jobcenter im eigenen Wahlkreis anklicken und sich darüber informieren kann: In welcher Struktur werden die Menschen dort in den Arbeitsmarkt integriert? Wie steht man im Vergleich mit ähnlichen Regionen da? Man kann dort auch schauen, wie das jeweilige Jobcenter in Bezug auf die öffentlich geförderte Beschäftigung dasteht und wo die Stärken und Schwächen sind, die man dann auch thematisieren muss.

Wie gesagt: Für diese Gruppe der Langzeitarbeitslosen, die erhebliche Probleme haben - das ist eine kleine Gruppe; es sind nicht alle -, stehen die 1-Euro-Jobs nach wie vor zur Verfügung. Es gibt die Grundpauschale, die in besonderen Fällen um 120 Euro aufgestockt werden kann. Zusätzlich können Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen mit spezifischer Unterstützung, die beispielsweise in krankheitsbedingten Fällen notwendig sein kann, gewährt werden. Auch eine Förderung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse ist weiter möglich. Die Möglichkeiten sind alle vorhanden; die Anwendung muss allerdings begründet sein. Der bisherige Zustand, dass es einen großen offenen Topf gibt, in den man greifen kann - der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass bis zu 70 Prozent der erwerbsfähigen Menschen, die diese Entgeltvariante in Anspruch nahmen, nicht die dafür vorgesehenen Kriterien erfüllten -, soll beendet werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich werde versuchen, die eine Minute Redezeit, die eingehalten werden sollte, etwas besser kenntlich zu machen, weil die Orientierung dadurch vielleicht erleichtert wird. - Nächster Fragesteller ist Peter Weiß.

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Frau Bundesministerin, mit der letzten Reform wurde die sogenannte freie Förderung eingeführt, damit vor Ort flexibel auf die Anforderungen der jeweiligen Arbeitslosen auf den unterschiedlichen Arbeitsmärkten reagiert werden kann. Allerdings war die freie Förderung an verschiedene Bedingungen gebunden. Wie sieht die freie Förderung nach dem Gesetzentwurf künftig aus, und wie flexibel kann sie vor Ort eingesetzt werden?

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Frage war gut!)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Die freie Förderung kann jetzt sehr viel flexibler eingesetzt werden. Wie gesagt: Das Aufstockungsverbot ist ausgesetzt, und insgesamt können 10 Prozent des Eingliederungsbudgets von den Vermittlerinnen und Vermittlern vor Ort flexibel dafür eingesetzt werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

In beiden Fällen war die Einhaltung der Redezeit vorbildlich. - Markus Kurth ist der nächste Fragesteller.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, Sie haben vorhin den Eindruck zu erwecken versucht, die sogenannten 1-Euro-Jobs dienen überwiegend zur Finanzierung der Träger, die dann mehr bekämen als die sogenannten 1-Euro-Jobber selbst. Können Sie sich nicht vorstellen, dass die Höhe der Pauschale für die Träger ganz wesentlich damit

zusammenhängt, dass die Träger dem zusätzlichen Unterstützungs- und Beratungsbedarf der Langzeitarbeitslosen gerecht werden müssen und dass das keineswegs ein Wirtschaftsgeschäft ist? Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu der Aussage praktisch aller, die diese Jobs anbieten, dass sie diese Form der Arbeitsmarktunterstützung bei einer Pauschale von 150 Euro einstellen werden?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Die eben von mir schon erwähnte Bandbreite von 0 Euro bis zu 1 000 Euro Trägerpauschale im Monat zeigt zunächst einmal, dass es Unterschiede gibt. Jetzt werden eine Konkretisierung und eine Begründung verlangt. Bisher war das Gesetz offen gestaltet. Es konnte alles bezahlt oder nicht bezahlt werden; eine Begründung war nicht erforderlich. Es gab im Gesetz bisher keine Begrenzung. Wir führen jetzt eine Begrenzung ein, aber mit mehreren Stufen; das heißt, es muss konkret begründet werden, warum in einem bestimmten Fall Geld bzw. mehr Geld für den Träger bezahlt werden muss.

Ich glaube, das ist in diesen Zeiten auch legitim. Es gibt, wie gesagt, Menschen, die erhebliche Schwierigkeiten haben; es gibt aber auch Menschen, die jetzt durchaus in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden könnten. Genau diese Differenzierung muss vor Ort vorgenommen werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Heinrich Kolb.

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Frau Ministerin, der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Herr Weise, hat heute im Ausschuss ausgeführt, dass sich das Gros der Langzeitarbeitslosen durch eines oder mehrere folgender drei Merkmale beschreiben lässt: fehlende Berufsausbildung, unzureichender Schulabschluss und Alter. Ich will mich auf den letzten Punkt konzentrieren. Herr Weise hat weiter ausgeführt, dass er bei seinen Reisen erleben muss, dass Unternehmen zwar über Facharbeitermangel klagen, sich aber überhaupt nicht vorstellen können, einen 60-Jährigen einzustellen. Hierum geht es bei meiner Frage. Hier geht es ja nicht um ein mit Geld zu lösendes Problem, sondern bei den Unternehmen scheint ein mentales Problem vorzuliegen. Was können Sie sich vorstellen, zu tun, um diese mentale Blockade bei den Unternehmen zu lösen?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Erstens muss man sagen, dass wir diese Debatte im Augenblick auch mit der Wirtschaft führen. Was die Chancen Älterer am Arbeitsmarkt angeht, sind die Fehlanreize rechtlicher Art, die es bisher gegeben hat, beseitigt worden. Das Altersteilzeitmodell, das vorwiegend als Blockaltersteilzeit genutzt wurde und bei dem der Blick darauf gerichtet wurde, wie man jemanden relativ schnell loswird, ist ausgelaufen.

Zweitens. Die Einführung der Rente mit 67 Jahren bis 2029 verändert auch den Blick auf die Belegschaft.

Drittens. Die maßvolle Reduzierung des Arbeitslosengeldes für Ältere von maximal einmal 32 Monaten auf jetzt 24 Monate verhindert eine lange Zeit des Arbeitslosengeldbezuges I und anschließenden Ruhestand und verändert damit ebenfalls den Blick auf die Älteren.

Mit den Unternehmen muss konkret darüber geredet werden, dass es jetzt auf Maßnahmen in den Unternehmen selbst ankommt. Dort liegt die Verantwortung für Prävention, kräfteschonende Verfahren, altersgemischte Teams. Die Weiterbildung in den Unternehmen für Ältere hat eine ganz andere Qualität als die für Jüngere. Bisher liegt der Schwerpunkt der Finanzierung von Weiterbildung auf Beschäftigten zwischen 35 und 45 Jahren. Hier muss die Altersgrenze nach hinten verlagert werden. Das ist eine flankierende Maßnahme über die WeGebAU-Förderung, die wir mit der Bundesagentur für Arbeit in den Unternehmen durchführen - das heißt, die Weiterqualifizierung Älterer in kleinen und mittleren Unternehmen wird von der Bundesagentur für Arbeit kofinanziert oder vollfinanziert -, um hier einen Schwerpunkt zu setzen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollegin Scharfenberg.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Frau Ministerin, die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird ja nicht nur hier diskutiert, sondern beispielsweise auch auf der Arbeitgeberseite. Da würde mich interessieren: Wie haben die Paktpartner der Bundesregierung auf die Vorschläge aus dem Ministerium gerade im Bereich der beruflichen Ausbildung reagiert? Ich meine vor allem den Bereich des Übergangs von der Schule zum Beruf.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Erstens ist konsensual verabredet worden, die bereits erwähnte Einstiegsqualifizierung in den Betrieben, also zum Beispiel das bezahlte Berufspraktikum zum Ausbildungsbeginn, bis zum Ende des Ausbildungspaktes weiterzuführen.

Zweitens soll die neue Form der bewährten Berufseinstiegsqualifizierung auf alle Schulen ausgeweitet werden. Das ist durchaus begrüßt worden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wir sind jetzt eigentlich am Ende der vorgesehenen Befragungszeit. Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden, dass ich die Wortmeldungen, die mir bereits vorliegen, noch aufrufe, was mir übrigens mit Blick auf die tatsächlich zum Aufruf kommenden Fragen in der Fragestunde durchaus als vertretbar erscheint: die Kollegin Heidrun Dittrich, der Kollege Max Straubinger, Frau Haßelmann, Frau Mast und Frau Pothmer. Habe ich irgendjemanden übersehen? - Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so. - Heidrun Dittrich ist die nächste Fragestellerin.

Heidrun Dittrich (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Ministerin, warum wird von Ihnen das befristete Instrument der Vermittlungsgutscheine und privaten Arbeitsvermittler nun unbefristet weitergeführt, obwohl die Auswertung ergeben hat, dass die Arbeitsvermittler dadurch nicht besser, sondern eher in Niedriglohnbereiche hinein vermitteln, sodass die Menschen ihr Hartz-IV-Einkommen aufstocken müssen?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Die wissenschaftliche Evaluation des IAB hat dies nicht ergeben. Wir haben eine Flexibilisierung dahin gehend eingeführt, dass der Vermittlungsgutschein für private Vermittler nach zwölf Wochen in Anspruch genommen werden kann, und zwar nach SGB III. Im SGB II bleibt er, was er schon immer war, eine Ermessensleistung.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Frage, die der Kollege Straubinger stellen wollte, stellt jetzt die Kollegin Michalk. Bitte schön.

Maria Michalk (CDU/CSU):

Frau Ministerin, ich bin sehr dankbar, dass für den Kreis der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit die Beschäftigungsmöglichkeiten auch in Zukunft bestehen bleiben. Sie werden wissen, dass das in den einzelnen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich ist. Deshalb meine Frage: Wie werden die regionalen Mittel, die auf die Länder aufgeteilt sind, auf die Beschäftigungsmöglichkeiten angerechnet? Denn es bleibt nach meiner Kenntnis den örtlichen Jobcentern überlassen, wie sie die Mittel einsetzen, sodass quasi für die noch vorhandenen Qualifizierungsmöglichkeiten weniger bleibt. Wird es dirigierende Mechanismen geben, oder bleibt das in der Zuständigkeit der Verantwortlichen vor Ort?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Gerade über die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante hat es ausgesprochen kritische Berichte des Bundesrechnungshofs gegeben, auch mit Blick auf die Tatsache, dass einige Jobcenter bis zu 60 oder 70 Prozent ihrer Eingliederungsmittel für öffentlich geförderte Beschäftigung genutzt hatten. Das heißt, die Mittel waren gebunden und konnten nicht mehr für alle anderen Arbeitslosen, für Weiterbildung, Qualifizierung, Eingliederungszuschüsse und dergleichen verwendet werden.

Deshalb haben wir daraus Lehren gezogen und die Förderung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse auf maximal 5 Prozent des gesamten Eingliederungsbudgets beschränkt. Der Schwerpunkt soll aber, wie gesagt, Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt sein.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Haßelmann.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, für den Bereich der Langzeitarbeitslosen werden wesentlich weniger Mittel zur Verfügung gestellt als bisher. Deshalb frage ich Sie in diesem Zusammenhang: Wie stehen Sie zu den Vorwürfen der Wohlfahrtsverbände und der kommunalen Spitzenverbände, die gerade zu dem von Ihnen gesetzten Schwerpunkt der Integration in den ersten Arbeitsmarkt die Befürchtung äußern,

dass Menschen, die schwer vermittelbar sind und große Vermittlungshemmnisse aufweisen, durch die Roste fallen und demnächst in den Städten und Gemeinden keine Chance auf aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung mehr haben?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Die von Ihnen skizzierten Personen haben eine Chance. Denn es gibt die Instrumente noch, und sie stehen für ebendiese Menschen zur Verfügung.

Es gibt aber Fälle, über die wir Debatten führen müssen, zum Beispiel wenn, wie ich gelesen habe, kommunale Beschäftigungsgesellschaften beklagen, dass ihre Existenz gefährdet sei, weil die Mittel des Bundes für die Langzeitarbeitslosen reduziert werden. Die SGB-II-Mittel sind nicht dafür da, kommunale Beschäftigungsgesellschaften zu unterhalten. Über diese Fälle müssen wir reden. Das muss vor Ort konkret begründet werden.

Das gilt auch für die Tatsache, dass zum Teil - es ist in den Kommunen sehr unterschiedlich eingesetzt worden; da trennt sich die Spreu vom Weizen - Beschäftigung in Fällen generiert worden ist, die eine klassische kommunale Aufgabe sind. Wenn zum Beispiel in einer Kita oder Schule eine bestimmte Aufgabe nicht mehr wahrgenommen werden kann, weil es keinen 1-Euro-Jobber mehr gibt, dann muss man die Frage stellen, warum die Kommune oder das Kultusministerium keinen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zur Verfügung stellt, auf den der Langzeitarbeitslose eingestellt werden könnte. Es ist nicht Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit oder des Arbeitsministeriums, die Aufgaben, die dauerhaft in einer Schule oder Kita erbracht werden, durchzufinanzieren.

Mit Blick auf den Langzeitarbeitslosen gilt: Er oder sie muss eine Chance haben, in reguläre Beschäftigung zurückzukehren. Es ist nicht unsere Aufgabe, klassische kommunale Aufgaben wie teilweise bisher dauerhaft zu finanzieren.

Noch einmal für den Hinterkopf: Die 1-Euro-Jobs über zwei Jahre und die Förderung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse über zwei Jahre sind möglich; aber eine dauerhaft geförderte öffentliche Beschäftigung ohne Rücksicht darauf, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt hat, wird es in Zukunft nicht geben.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist doch jetzt schon nur ein halbes Jahr!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Mast.

Katja Mast (SPD):

Frau Ministerin, Sie haben als Ziel der Reform dieser Instrumente genannt, nichteffiziente Instrumente zu überprüfen bzw. abzuschaffen. Ich frage mich, wann Sie das Instrument Bürgerarbeit abschaffen. Auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion in der Halbzeit Ihres Modellprojekts hat die Bundesregierung geantwortet, dass nur 9 Prozent der geplanten Plätze tatsächlich als Bürgerarbeitsplätze vergeben sind. Dieses Instrument müsste man dann doch zuerst abschaffen, wenn es um die Abschaffung ineffizienter Instrumente geht.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Die Bürgerarbeit hat aus den Stärken und Schwächen gelernt, die sich in diesem Bereich in der Vergangenheit gezeigt haben. Die Bürgerarbeit ist nicht ein Zweck an sich; es geht nicht darum, möglichst viele Bürgerarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Bürgerarbeit ist vielmehr so strukturiert, dass ein Jobcenter selber definiert, dass zum Beispiel alle Arbeitslosen, die sich ab sofort melden, an dem Projekt Bürgerarbeit teilnehmen, das heißt, dass sie zuerst alles versuchen, um sich zu qualifizieren und in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Sehr viele schaffen schon in den ersten sechs Monaten den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt. Nur diejenigen, die übrig bleiben und trotz besonderer Betreuung keine Chance haben, eine Arbeit zu finden, werden in Bürgerarbeit gebracht. Bei der Bürgerarbeit wird - anders als bei den eben beschriebenen öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen in der Vergangenheit - in regelmäßigen Abständen hingeschaut und gegebenenfalls weiter aktiviert, damit der Sprung aus der Bürgerarbeit in den ersten Arbeitsmarkt gelingt.

Es geht also nicht darum, die betreffenden Menschen dauerhaft beiseitezuschieben. Vielmehr muss man immer darauf achten, dass der Schritt in den ersten Arbeitsmarkt gelingt. Man muss sehen, wie viele Men-

schen das Projekt "Bürgerarbeit" in Anspruch nehmen. Ein Jobcenter ist umso erfolgreicher, je weniger Menschen eine Bürgerarbeit aufnehmen. Ziel ist, dass möglichst viele eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt finden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die letzte Frage zu diesem Themenbereich stellt Frau Pothmer.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte gern zum Gründungszuschuss zurückkommen. Frau von der Leyen, in diesem Bereich wird sehr stark gekürzt. Sie begründen die Kürzungen, die Sie da vornehmen, mit dem Hinweis auf Mitnahmeeffekte. Im Vergleich zu 2011 geht die Förderung im Jahr 2012 um 76 Prozent zurück. Ich möchte Ihnen vorlesen, was diejenigen, die dieses Instrument wissenschaftlich untersucht haben, dazu sagen. IAB-Chef Möller kritisiert Ihre Pläne betreffend den Gründungszuschuss und sagt, die von Ihnen als maßgeblich für Ihre Entscheidung herangezogenen angeblichen Mitnahmeeffekte beim Gründungszuschuss ließen sich kaum beziffern. Das DIW sagt, die Ministerin überinterpretiere die Forschungsergebnisse, um zu den von ihr gewünschten politischen Ergebnissen zu kommen. Was setzen Sie diesen aus der Wissenschaft kommenden Argumenten entgegen?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Ich empfehle Ihnen, die wissenschaftliche Analyse des IAB zu lesen. Dort können Sie schwarz auf weiß nachlesen, dass 60 bis 70 Prozent sagen, dass sie auch ohne den Gründungszuschuss ein Unternehmen gegründet hätten. Das nennt man einen Mitnahmeeffekt.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bestreitet Herr Möller doch gar nicht!)

So steht es schwarz auf weiß im IAB-Gutachten. Wenn wir Gutachten in Auftrag geben - in diesem Fall war das nicht ich, sondern es waren meine Vorgänger - und dann Ergebnisse bekommen, dann müssen wir auch unter Einbeziehung dieser Ergebnisse konkret handeln.

Mit dem Gründungszuschuss sind sicherlich viele "richtige" Gründungen gefördert worden. Dass quasi als Rechtsanspruch formuliert war, dass jeder am Ende der Arbeitslosigkeit den Gründungszuschuss in Anspruch nehmen kann, hat sicherlich zu guten Gründungen geführt. Aber andere Gründungen hätten auch ohne staatliche Förderung stattgefunden, und wiederum andere Gründungen waren nur halbherzig. Das hatte das Phänomen der sogenannten Soloselbstständigen - früher kamen die Betroffenen aus einer Ich-AG - zur Folge. Das ist kein durchgängiges Erfolgserlebnis gewesen. Dass es 120 000 Selbstständige gibt, die gleichzeitig Hartz IV beziehen, spricht dafür, dass diese Form der Selbstständigkeit wohl keine gute Basis hat. Viele der Betroffenen haben keine Rentenversicherung. Hier droht ein hohes Altersarmutsrisiko.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass es sich beim Gründungszuschuss nun um eine Ermessensleistung handelt. Darüber entscheidet aber nicht der Vermittler allein. Die Wirtschaftskammern, die Erfahrung vor Ort haben und den regionalen Arbeitsmarkt kennen - das ist ihre Kernkompetenz -, analysieren den Businessplan, setzen sich mit ihm auseinander und untersuchen, ob es sich um ein tragfähiges Konzept handelt. Diese Kammern entscheiden, ob sie das betreffende Konzept empfehlen oder, weil es auf wackligen Beinen steht, nicht. Meines Erachtens ist es in Zeiten, in denen viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen offen sind und alternativ besetzt werden könnten, richtig, hier abzuwägen, welches der richtige Weg ist.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank. - Ich schließe damit diesen Teil der Befragung der Bundesregierung ab.